

Deutschland.

□ **Berlin, 8. März.** Wer die offiziellen Wiener Korrespondenzen mit Aufmerksamkeit verfolgt, wird die Bemerkung gemacht haben, daß das Bestreben in denselben hervortritt, die rumänische Regierung durch Verbreitung falscher Nachrichten bei den anderen Mächten zu verächtlichen. Während früher rumänische Banden, die nirgends existierten, Bulgarien bedrohen sollten, behauptet man jetzt, daß Fürst Karl die Absicht habe, sich zum unabhängigen Herrscher von Rumänien zu machen. Man betritt also jetzt beide Verächtlichkeiten im Wege der höheren Politik. Es hat sich, wie wir schon früher erwähnt haben, herausgestellt, daß alle diese Nachrichten, welche bestimmt sind, die Türkei aufzuregen, von Agenten des ehemaligen Fürsten Euxa verbreitet werden. Es mögen übrigens auch noch andere Agenten ihre Hand dabei im Spiele haben. Der Zweck dieser Agitationen aber geht dahin, die Pforte zu bestimmen, ein türkisches Heer nach Bulgarien in Bewegung zu setzen, woraus sich dann die Pläne, welche von jener Seite verfolgt werden, weiter entwickeln würden. — Der in Paris erscheinende „Monde“ drückt seine Befriedigung über den Ausfall der Zollparlamentswahlen in Bayern aus und findet, daß die Resultate des allgemeinen Stimmrechts ganz acceptabel seien. Er fordert dann die französische Regierung auf, die Politik des Cardinals Richelieu wieder aufzunehmen, ihre Sympathien für Süddeutschland kundzugeben und den alten Bund wieder herzustellen. Es enthält also eine offene Aufforderung an die französische Regierung, sich in die deutschen Angelegenheiten einzumischen, der Artikel darf nicht zu gering veranschlagt werden, da er die Ansichten der liberalen Partei in Frankreich ausdrückt, einer Partei, die ihren Einfluß bis in die höchsten Kreise ausübt. Von der katholischen Kirche in Deutschland wird anerkannt werden müssen, daß eine Einmischung Frankreichs in die nationale Gestaltung Deutschlands der katholischen Bevölkerung keine größeren Vortheile bringen kann, als dieselbe bereits in Preußen besitzt, was aber die Herstellung des alten Bundes betrifft, so ist unmöglich, daß der weltgeschichtliche Prozeß einen derartigen Rücklauf nehmen kann. Am wenigsten liegt es in der Natur des Deutschen, sich den nunmehr geschlossenen deutschen Nationalstaat so ohne Weiteres eskamotieren zu lassen. — Der Prinz Napoleon wird sowohl bei Hofe als in den hohen Beamten- und Gesellschaftskreisen mit großer Auszeichnung aufgenommen. Diese Courtoisie hat einen um so freieren Spielraum, als bekannt ist, daß der Prinz mit einer diplomatischen Sendung nicht betraut ist. — In mehreren Zeitungen ist die Nachricht enthalten, daß der General v. Mantuffel von Neuem zur Uebernahme eines höheren Truppenkommandos bestimmt sei; von einigen Blättern wird die Nachricht auch mit der Auhlung in Verbindung gebracht, welche in diesen Tagen der General Bogel von Falkenstein beim Rückzuge gehabt hat. In militärischen Kreisen wird aber die Berufung des General von Mantuffel zu einem Truppenkommando für unwahrscheinlich bezeichnet, wobei zugleich die damit in Verbindung gesetzten Kombinationen in Wegfall kommen.

□ **Berlin, 8. März.** Das Zollparlament würde äußerlich gewiß unabhängiger von dem norddeutschen Reichstage erscheinen sein, wenn es vor diesem selbstständig berufen worden wäre und der Reichstag sich erst nachher angeschlossen hätte. Das ist nun durch die Schuld Hessens und Württembergs nicht möglich gewesen und die Süddeutschen müssen es sich jetzt gefallen lassen, daß umgekehrt das Zollparlament sich an den schon versammelten Reichstag anschließt. Ja, nicht unwahrscheinlich ist, daß der Reichstag auch nach dem Zollparlament wird fortsetzen müssen, so daß jenes nur als ein durch den Zutritt der Vertreter Süddeutschlands bewirkter besonderer Abschnitt des Reichstages erscheint. Der Abschluß des Vertrages mit Oesterreich, so wie andere Geschäfte des Zollparlaments dürfen nicht mehr länger hinausgeschleppt werden, so daß die Einberufung voraussichtlich sofort nach Ostern erfolgen wird. Bis dahin aber kann der Reichstag seine ihm obliegenden Arbeiten unmöglich erledigt haben. Es soll deshalb jetzt des Grafen Bismarck Absicht sein, das Zollparlament während der Reichstagesession einzuberufen und die Arbeiten des Reichstages während des Zollparlaments fortgesetzt werden können. Dem norddeutschen Bundesrathe, der morgen zusammentritt, dürfte der Entwurf zur norddeutschen Gewerbe-Ordnung sofort vorgelegt werden. Die Einberufung des Bundesrathes auf morgen hatte um so weniger Schwierigkeit, als die überwiegende Zahl seiner Mitglieder (mit Ausnahme der militärischen außer-preussischen) augenblicklich hier schon versammelt ist, um die Vorlagen für das Zollparlament zu beraten. Diese, so weit sie bisher eingebracht sind, werden inzwischen von den Ausschüssen bearbeitet werden.

— Mehrere Zeitungen (auch die unsere) haben die Nachricht gebracht, daß Graf v. Bismarck durch mancherlei Zurücksetzungen veranlaßt worden sei, als Kanzler des norddeutschen Bundes am königlichen Hofe den Votschasterrang zu beanspruchen und daß dieser Rang demselben bewilligt wäre. Wie die „Sp. Z.“ von anscheinend offiziöser Seite erzählt, ist diese Mittheilung nicht begründet. Der Rang eines Präsidenten des Staatsministeriums ist seit längerer Zeit demjenigen des Feldmarschalls und Oberst-Kammerers in der Art gleichgestellt worden, daß die Reihenfolge dieser Chargen nach dem Datum ihrer Ernennung wechselt. Der Rang der fremden Votschaster ist ein anderer. Dieselben gehen ganz zweifellos bei den Höfen allen Inländern vor, welche nicht zur Familie des Souveräns gehören. So haben auch an dem hiesigen königl. Hofe die Votschaster den Rang vor dem Feldmarschall. In fremden diplomatischen Häusern wird dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten der Vortritt gegeben. Bei diesen Rangverhältnissen

hatte also der Ministerpräsident gar keine Veranlassung, sich über Zurücksetzung zu beklagen. Ebenso wenig konnte für ihn ein Grund zur Gerechtigkeit über die ihm zustehende Rangfolge vorhanden sein, da Graf v. Bismarck die diplomatischen Gebräuche der europäischen Höfe kennt, welche dem Votschaster den Rang vor allen Einheimischen, welche nicht Mitglieder der königlichen Familie sind, anweisen.

— Der wegen Hochverraths unter Anklage gestellte Graf Platen besitzt, dem „Courier“ zufolge, in der Provinz Hannover kein Vermögen; die dort liegenden Platen'schen Güter gehören dem Vater desselben. Von Hiesing aus wird jetzt den Theilnehmern an der Hochzeitsfeier eine Photographie, die königliche Familie darstellend, zugesandt.

— In Betreff der Ergänzung der Offiziere des stehenden Heeres soll für die Zulassung zur Portepée-Fähndrichs-Prüfung künftig und bis auf Weiteres von der Beibringung eines Reisezeugnisses für die Prima eines Gymnasiums oder einer Realschule erster Ordnung abgesehen werden.

— Herr Dr. Oppenheim drückt im Namen der Führer der liberalen Partei in einem Schreiben an den Redakteur der „Zukunft“ wegen der in der „Berl. autogr. Corr.“ gegen das letzte Blatt enthaltenen Schmähungen sein Bedauern aus. Er versichert, daß gegen die Wiederkehr derartiger Schimpferelen Maßregeln getroffen sind.

— Endlich ist nun über die Besetzung der Präsidentenstelle des Stadtgerichts eine Entscheidung getroffen worden. Dieselbe ist, wie die „Post. Z.“ hört, dem Geheimen Ober-Justiz-Rath Krüger verliehen worden. Derselbe war früher Untersuchungsrichter bei dem hiesigen Stadtgericht und präsidirte abwechselnd dem Schwurgerichtshof.

— Aus Anlaß eines während des Feldzuges von 1866 sich herausgestellten fühlbaren Mangels an Militärärzten sollen künftighin ersapflichtigte Mediziner ausschließlich als Aerzte ihrer Dienstpflicht nachkommen, um dieselben in ihrem späteren Reserve- und Landwehrverhältniß für den Fall einer Mobilmachung in ihrem Beruf einzeln zu können.

— Bei der Armee erwartet man mit Nächstem eine Besetzung der bisher zum größeren Theil noch vakant gehaltenen hohen militärischen Stellen als Inspektoren von Armeekorps-Abtheilungen. Als designirt dazu wird u. A. der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, preussischer General der Infanterie, für die 5. Armeekorps-Abtheilung (IX. und X. Armeekorps) bezeichnet.

— Außer dem Prinzen Albrecht, als naher Anverwandter des Hauses Bayern, wird der Major v. Grolmann, vom Generalstab der Armee, der Beisetzungsfeierlichkeit des verstorbenen Königs Ludwig I. von Bayern als militärischer Deputirter Preußens beizuwohnen.

— Der Ober-Appellationsgerichtsrath Dr. Mommsen hieselbst ist zum Präsidenten des neuerrichteten Konsistoriums für Schleswig-Holstein ernannt worden.

— Die „National-Zeitung“ meldet Folgendes: „Als der Erbprinz von Augustenburg seine Ansprüche auf die Erbprinzenwürde erhob, begleitete ihn bekanntlich der Staatsrath Frande, welcher zur Zeit der Statthaltertschaft das Finanzdepartement in Schleswig-Holstein verwaltete und jetzt Präsident der Regierung in Koburg war, nach Kiel. Derselbe verzichtete auf seine Koburger Stelle, als diese nicht länger offen gehalten werden konnte, und stand dem Erbprinzen zur Seite bis Alles vorbei war. Seitdem war Hr. Frande Mitglied des konstitutionellen und des ersten ordentlichen Reichstages und wurde von zwei holsteinischen Wahlkreisen in das Abgeordnetenhaus gewählt. Nachdem dies geschehen, eröffnete ihm der Erbprinz von Augustenburg, daß er ihm die ausgemachte Pension entziehen würde, falls er in das preussische Abgeordnetenhaus eintreten und dort dem Könige von Preußen den Eid leisten sollte, und ließ die Zahlung in der That einstellen, als Hr. Frande dessen ungeachtet in das Abgeordnetenhaus eintrat. Da die lebenslängliche Pension ohne irgendwelche Bedingung stipulirt war und mithin nicht hinterher einseitig an eine willkürliche Bedingung geknüpft werden konnte, hätte sie oh e Zweifel im Wege Rechts eingeklagt werden können. Um in diesem einen solchen Scandal zu vermeiden, haben einige Freunde des Erbprinzen einen Vergleich zu Stande gebracht, nach welchem Hr. Frande mit einer geringfügigen Summe — wir hören zwei- bis dreitausend Thaler nennen — ein für allemal abgesunden ist. . . . Die Augustenburg'sche Familie ist ziemlich reich. Der Herzog erhielt für seine schleswig'schen Güter und das Versprechen, den dänischen Arrangements in den Herzogthümern nicht entgegenzutreten, mehr als drei Millionen Thaler. Das ganze Präbendenthum in Schleswig-Holstein hat dem Hause nicht mehr als 33,000 Thlr. gekostet. Die übrigen Summen für Beamte, Presse, diplomatische Missionen und militärische Rüstungen — etwa eine halbe Million — sind durch Sammlungen, namentlich durch den Sechshundertförmig-Ausschuß und durch die auf Hoffnung des Gelingens ausgegebene Augustenburger Anleihe aufgebracht worden.“

— Die Ausschüsse des Bundesraths des Zollvereins sind wie folgt zusammengesetzt: I. Ausschuß für Zoll- und Steuerwesen: Preußen: General-Steuerdirektor v. Pommer-Esche und in dessen Behinderung: Geh. Ober-Finanz-Rath Henning. Bayern: Staatsrath v. Weber. Sachsen: Geh. Finanzrath v. Thümmel. Württemberg: Ober-Finanz-Rath Riede. Braunschweig: Geh. Rath von Liebe. Stellvertreter: Hesse: Geh. Ober-Steuer-Rath Ewald. Mecklenburg-Strelitz: Drost v. Dergin. II. Ausschuß für Handel und Verkehr. Preußen: Präsident v. Delbrück und in dessen Behinderung: Ministerial-Direktor v. Philippborn. Sachsen: Ministerialdirektor Dr. Weinlig. Baden: Ministerialrath Kilian. Hesse: Geh. Ober-Steuer-Rath Ewald. Hamburg: Senator Dr. Kircken-

pauer. Stellvertreter. Württemberg: Ober-Finanz-Rath Riede. Bremen: Senator Oldemeister. III. Ausschuß für Rechnungswesen. Preußen: Ministerialdirektor Günther und in dessen Behinderung: Geh. Ober-Finanz-Rath Henning. Bayern: Oberzoll-Rath Gerbig. Sachsen: Geh. Finanz-Rath v. Thümmel. Hesse: Geh. Ober-Steuer-Rath Ewald. Mecklenburg-Schwerin: Staats-Rath v. Müller. Braunschweig: Geh. Rath v. Liebe. Lübeck: Senator Dr. Curtius. Stellvertreter. Württemberg: Ober-Finanz-Rath Riede. Baden: Gesandter Hr. v. Tüchtem. IV. Ausschuß für die Geschäftsordnung. Preußen: Präsident Delbrück. Bayern: Staats-Rath v. Weber. Württemberg: Geh. Legations-Rath Hr. v. Spitzemberg. Mecklenburg-Schwerin: Staats-Rath v. Müller. Sachsen-Koburg-Gotha: Staatsminister Hr. von Seebach.

— Unter den für dieses Jahr angeordneten Uebungen der preussischen Truppen nehmen die Pontonier- und Sappeur-Manöver eine hervorragende Stelle ein. Erstere Uebung soll, nach dem Plane, im Juli d. J. bei Graudenz, in Westpreußen, unter Theilnahme der Pontonier-Kompagnien des Garde-Pontonier-Bataillons, der preussischen, pommer'schen, nieder-schles'schen und schles'schen Pontonierbataillone Nr. 1, 2, 5 und 6 stattfinden. Dieser Uebung folgt im August und September c. eine größere Sappeur-Uebung bei Koblenz, mit Theilnahme des rheinischen Pontonierbataillons Nr. 8, der beiden Sappeur-Kompagnien des westfälischen Pontonierbataillons Nr. 7, des hannoverschen und hessischen Pontonierbataillons Nr. 10 und 11. Die Pontonierübung schließt sich der vor 6 Jahren an demselben Orte gehaltenen an, und der gezogene Mörser, welcher eine große Bedeutung zu erlangen Aussicht hat, wird dabei eine Rolle zu spielen haben. Die Belagerungsübung bei Koblenz wird auch einigen Neuerungen bei Schanzen-, Weg- und Brückenbauten die Wege ebnen und sich mit der kunstmäßigen Laufgrabenanlage bei Angriffen beschäftigen. Im Sommer sollen auf dem Artillerie-Schießplatze bei Tegel große Schießversuche gegen Eisenziele vorgenommen werden. Die „Allg. Mil.-Z.“ nennt darunter den Gruson'schen Geschosabwieser aus Hartguss, ein eisernes Gehäuse zum Schutze der Belagerungs- und Festungsgeschütze. Im vorigen Jahre wurden bei Tegel Versuche mit preussischen Bier- und Sechspfünder-Hinterladern und mit österreichischen Bier- und Achtpfünder-Vorderladern angestellt, um den Unterschied kennen zu lernen. Die Präzision, Perforation und Sprengwirkung der preussischen Geschosse übertrafen die gleichnamigen der österreichischen in auffallender Weise. Dagegen blieb die Feuergeschwindigkeit der Hinterlader hinter der der Vorderlader zurück.

□ **Kiel, 8. März.** Nach hier eingegangenen Nachrichten befindet sich das Schiff „Vincet“ noch im Dock zu Shanghai und werden die im Dock auszuführenden Reparaturen voraussichtlich in der zweiten Hälfte dieses Monats beendet sein.

□ **Frankfurt a. M., 8. März.** Wie die „Frankfurter Zeitung“ erzählt, beabsichtigen Mitglieder der Handelskammer im Oratorium einen Schritt gegen die neue österreichische Couponssteuer anzulegen.

□ **Darmstadt, 7. März.** Ein anscheinend offiziöser Artikel der „Darmstädter Zeitung“ weist die Vorwürfe zurück, welche der hiesigen Regierung wegen der Verzögerung der Wahlen zum Zollparlament gemacht worden waren. Der Artikel führt aus, daß die Regierung sich genau nach dem Vertrage über die Fortdauer des Zollvereins, sowie in Gemäßheit des Reichswahlgesetzes gebandelt habe, indem sie der Ansicht gewesen sei, daß die Wahlen zum Zollparlament für ganz Süddeutschland gemeinschaftlich ausgeschrieben werden würden, sobald von Berlin aus das bezügliche Ersuchen gestellt worden sei. Nachdem jedoch die Regierungen von Bayern und Baden selbstständig vorgegangen, habe auch die hiesige Regierung sofort die nöthigen Schritte zur Veranstaltung der Wahlen eingeleitet.

□ **Karlsruhe, 7. März.** Nachwahl zum Zollparlament. Im dritten Wahlkreis (Waldshut-Säckingen-Schopfheim) hat heute engere Wahl stattgefunden. Soweit bis jetzt bekannt, hat der Kandidat der national-liberalen Partei Abg. Hepting 7641 Stimmen erhalten, während auf den der katholischen Partei, Kaufmann Leo in Säckingen 6690 Stimmen fielen. Aus 25 Landgemeinden des Amtes Waldshut ist das Wahlergebnis noch nicht bekannt.

Ausland.

□ **Wien, 7. März.** Die ungarische Delegation genehmigte die Anträge des Ausschusses bezüglich der Beibehaltung der Gesandtschaft am sächsischen Hofe, sowie des Votschasterpostens in Rom. Ueber letzteren Gegenstand entspann sich eine zweistündige Debatte, worin Hofrath Falk als Regierungsvorsteher der Ansicht entgegentrat, daß die Beibehaltung der Votschaft in Rom als feindliche Absicht gegen Italien betrachtet werden könne. Er konstatierte, daß zwischen Oesterreich und Italien gegenwärtig das beste Einvernehmen bestehe und daß die Regierung auf die fernere Aufrechterhaltung desselben das größte Gewicht lege. Redner verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß sich die äußere Politik Oesterreichs nicht geändert habe und bezeichnet diese streng an die Interessen der Völker sich haltend, und durch das bestimmte Prinzip, der österreichisch-ungarischen Monarchie den notwendigen Frieden mit allen möglichen Mitteln zu erhalten, geleitet.

□ **Wien, 8. März.** Die Beschlüsse der Bank-Direktion und des Bank-Ausschusses über die Regelung der Bankfrage gehen auf Fortdauer der Nationalbank als Reichsinstitut bis zum Ablauf ihres Privilegiums; Aufrechterhaltung des Zettel-Monopols; Reduktion des Bankfonds auf 90 Millionen; Beschränkung der Dotation des Reservefonds auf 10 pCt.; Ausdehnung des geschäftlichen Wirkungskreises der Nationalbank; Erlass eines besonderen Gesetzes über den Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Baarzahlungen; Regelung der Verhältnisse der Hypothekar-Kredit-Abtheilung zum Bank-Institut

und schließlich unbedingte Aprozente Vergütung des „Nützigen-Mil-lionen-Darlehens“.

Die „Neue freie Presse“ schreibt: Das Subcomité der Nationalbank hat zwei Reformvorschläge eingereicht. Der eine geht dahin, daß ein neues Uebereinkommen zwischen dem Staat und der Bank abgeschlossen werden solle, wonach der Staat fortan die 80 Millionen Gulden Darlehens mit 4 pCt. zu verzinsen habe. Der Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Baarzahlungen solle einem besonderen Uebereinkommen vorbehalten bleiben. Nach dem anderen Vorschlage soll das Bankkapital auf 80 Millionen Gulden dadurch reducirt werden, daß den Aktionären 30 Millionen Gulden zurückgezahlt werden. Als Grundlage für die zukünftige Gewinnvertheilung wird vorgeschlagen, vom Gewinne zunächst die Alike mit 5 pCt. zu verzinsen, vom Rest 10 pCt. für den Reservefonds zurückzulegen und das Uebrige als Superdividende zur Vertheilung unter die Aktionäre zu bringen.

Die Delegation des Reichsraths hat in ihrer heutigen Sitzung einen Antrag Pratoberera's angenommen, nach welchem 996,000 fl. für Neubauten an den Festungswerken bewilligt werden, während der Ausfuhr nur 672,400 fl. für diesen Zweck genehmigen wollte. Der Kriegsminister ergriß in der Sitzung das Wort, um den Dank der Regierung auszusprechen für die Bewilligung der zur Beschaffung neuer Waffen geforderten Summen. Der Minister hob gleichzeitig hervor, daß die Armee die bewilligten Waffen zu benutzen wissen werde, wenn von irgend welcher Seite muthwillige Eingriffe in den Gang der konstitutionellen Entwicklung Oesterreichs versucht werden sollten. Die Delegation erledigte schließlich das Extraordinarium des Kriegsbudgets, indem die Summe von 26,181,674 fl. bewilligt wurde.

Brüssel, 7. März. Die Repräsentantenkammer erklärte sich für die Aufrechterhaltung den Auslieferungs-Gesetzes von 1856, aber gegen die Kodifizierung desselben unter den diesen Gegenstand betreffenden Gesetzen.

Saag, 7. März. In der Deputirtenkammer wurde gestern die Debatte über den Antrag Bluffs fortgesetzt. Die Minister des Innern und des Aeußern erklärten, sie würden die Annahme des Antrags als ein Misstrauensvotum betrachten. Nach langer Diskussion wurde dann heute mit 65 gegen 5 Stimmen der Antrag angenommen, daß die Abstimmung über den Antrag des Abg. Bluffs, welcher die jüngste Kammerauflösung als nicht im Interesse des Landes geboten gewesen erklärt, bis nach der von dem Ministerium verheißenen Vorlegung der diplomatischen Aktenstücke aufgeschoben werden soll.

Paris, 6. März. Gesetzgebender Körper. In der Fortsetzung der Debatte über das Pressegesetz kam der Artikel 11 desselben, welcher jede auf das Privatleben bezügliche Veröffentlichung in den Zeitungen mit einer Geldstrafe von 500 Francs belegen will, zur Sprache. Morin führte dagegen an, daß ein derartiges Verfahren den Geist des französischen Volkes ertödtet würde. Joffeau stellte Privatleben und Haus als in gleicher Weise unverleßlich hin. Jules Simon sprach sich dahin aus, daß das Privatleben nicht vollständig abgeschlossen sein dürfe. Der Regierungskommissar Jollibois sagte, daß die Regierung durch das neue Gesetz sich selbst der Besprechung überliebere, aber die Bürger schütze. Beauverger glaubt, daß die gegenwärtige Gesetzgebung zum Schutze des Privatlebens genüge. Ollivier sagte, der wahre Grund des Uebels bei dieser Sache liege in der Unmöglichkeit, Verläumdungen durch Beweise zu entkräften. Der Artikel wurde mit 135 gegen 105 Stimmen angenommen.

Paris, 7. März. Gesetzgebender Körper. Guérout erklärte, daß er anlässlich der Haltung, welche das Journal „Payo“ in der Kerveguen'schen Angelegenheit beobachtet habe, eine Interpellation betreffend die Beziehungen der Regierung zu dem genannten Journal beabsichtige. Die Kammer lehnte jedoch weitere Eingehen auf diese Angelegenheit ab. — Bei der darauf fortgesetzten Beratung des Pressegesetzes wurde Artikel 12, nach welchem bei zweimaliger Verurtheilung wegen Pressvergehens auch das Wahlrecht anerkannt wird, mit 134 gegen 72 Stimmen verworfen; Artikel 14, welcher die sofortige provisorische Ausführung der in Presssachen gefällten Urtheile anordnet, aber mit 181 gegen 58 Stimmen angenommen und sodann die Beratung auf Montag vertagt. — Das „Payo“ veröffentlicht heute die von ihm angekündigten Aktenstücke, welche sich auf Geld- und Ordens-Sendungen seitens des italienischen Ministeriums an La Barenne beziehen. Die Dokumente enthalten wenig Neues in der Angelegenheit. — An Stelle Victor Cousins ist Bacherot zum Mitglied der Akademie gewählt worden.

Florenz, 7. März. Der Kriegsminister hat verfügt, daß zum 1. April die zur Kavallerie und Feld-Artillerie gehörigen Truppen der Altersklasse von 1842 auf unbestimmte Zeit beurlaubt werden können.

Der Marquis Ginori ist zum Bürgermeister von Florenz designirt.

In der Deputirtenkammer tadelte Doda die Politik der Regierung in ihren Beziehungen zur Bank und brachte in Vorschlag, das Ministerium zur Einbringung einer Gesetzesvorlage Behufs Beschränkung der Papiergegeldausgabe zu veranlassen. Der Finanzminister Graf Cambray-Digny widersprach den vorgebrachten Beschuldigungen. Darauf genehmigte die Kammer einen Antrag auf Schluß der General-Debatte über die Motion Ropi's. Ferrari begehrt die Niederlegung eines Comité's zur Untersuchung der Ursachen des vorhandenen Defizits. Von Seiten mehrerer Redner wurden Pläne für die eventuelle Aufhebung des Zwangs-Courses des Papiegegeldes erläutert.

In der Angelegenheit, betreffend die Livornesischen Obligationen, hat das Ministerium den Bescheid ergehen lassen, daß die Zahlung der Zinsen derselben in Silber ohne ein vorher hierüber ergangenes richterliches Erkenntnis nicht geboten sei.

Rom, 7. März. Der amerikanische Admiral Farragut wird in Kurzem in Rom erwartet.

Mailand, 8. März. Der preussische Kriegsminister, General von Roß, hat sich nach kurzem Aufenthalt nach Lugano begeben. Der Minister empfing den Besuch mehrerer hervorragender Persönlichkeiten, war jedoch, wie es heißt, aus Gesundheitsrücksichten nicht in der Lage, der beabsichtigten Truppenrevue beizuwohnen.

London, 6. März. In der heutigen Sitzung des Unterhauses brachte Mr. Lesauve die Alabama-Angelegenheit in Anre-

gung. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Lord Stanley, sagte, daß es notwendig sei, die Streitigen Punkte in dieser Frage genau festzustellen und sich seines Rechtes zu vergewissern. Er glaube nicht, daß Amerika einen Streik aufnehmen würde, welcher leicht einen mit großen Kosten verknüpften Krieg zur Folge haben könnte und dies nur, um die Bewilligung von Ansprüchen, welche wahrscheinlich auch ohne Krieg zu seinen Gunsten ausfallen würden, zu erzwingen. Er glaube übrigens, daß eine friedliche Beilegung der Angelegenheit durch den freundschaftlichen Empfang des neuen englischen Gesandten in Washington seitens des Präsidenten der Union wahrscheinlich geworden sei. — Stuart Mill glaubt, England schulde den Vereinigten Staaten einige Entschädigung. Eine gemischte Kommission würde den Streitigen Punkt besser als ein Schiedsgericht entscheiden. Gladstone ist nicht der Ansicht, daß Amerika irgend welchen Anspruch auf Entschädigung habe, billigt die von Lord Stanley abgegebenen Erklärungen und spricht sein volles Vertrauen in das von dem Minister des Aeußern in der Alabama-Frage beobachtete Verfahren aus.

— „Times“ veröffentlicht eine Depesche aus Adambago vom 22. v. Mts. In diesem Orte, 50 Miles von Antago, war das Hauptquartier mit 100 Mann an demselben Tage eingetroffen. Eine mehrtägige Raft wurde beabsichtigt, um Proviant und Nachschub zu erwarten. Die Zusammenkunft Napier's mit dem Hauptling Kaffai war zweifelhaft geworden. Von den Gefangenen hatte man Nachricht bis zum 30. Januar. Dieselben befanden sich wohl. Theodor hatte noch nicht Magdala erreicht.

Madrid, 6. März. In Folge des Streites zwischen dem Handels- und Unterrichtsminister Drobio und dem Präsidenten der Deputirtenkammer äußerte Ersterer den Wunsch, aus dem Kabinete auszutreten. Die Minister befürchten, daß ein theilweises Ausscheiden der einzelnen Mitglieder des Ministeriums dasselbe ganz zu Fall bringen würde. Die Regierung befindet sich in einer kritischen Lage. Zwischen dem Finanzminister und seinen Kollegen haben sich Meinungsverschiedenheiten eingestellt. Es geht das Gerücht, daß bald ein neues Kabinete durch Miraflores gebildet werden solle.

Kopenhagen, 7. März. In der heutigen Sitzung des Folketings theilte der Präsident dem Hause mit, daß der König das Demissionsgesuch des Kultusministers angenommen und den Finanzminister vorläufig mit der Führung der Geschäfte des Kultusministeriums beauftragt habe. — Der Kriegsminister legte einen Gesegentwurf vor, betreffend die Bewilligung von 1,200,000 Rigsdaler zur Beschaffung von Kriegsmaterial sowie zur Einrichtung von militärischen Etablissements. Für das nächstfolgende Jahr werden 685,000 Rigsdaler zu ähnlichen Zwecken gefordert werden.

Petersburg, 8. März. Das „Journal de St. Pétersbourg“ theilt mit, daß dem Bauunternehmer Poliakoff die Konzession zum Bau einer Bahn von Kurla nach Charkow erteilt worden ist. Die Regierung hat dem Unternehmer einen Vorschuß von 9 Millionen Rubel bewilligt. Der Bau muß in 1 1/2 Jahren vollendet sein. Die Baukosten sind auf 68,000 Rubel pro Werst veranschlagt. Die Kosten sollen durch Emission von Obligationen zum Course von 70 pCt. aufgebracht werden. Auch zu den Vorbauten einer Eisenbahn von Charkow nach Tauranrog und Rosow ist derselbe Unternehmer ermächtigt worden.

Pommern.

Stettin, 9. März. Nachdem der 39. Kommunal-Landtag von Alt-Pommern vorgestern seine Beratungen geschlossen, ist gestern der „Provinzial-Landtag des Herzogthums Pommern und Fürstenthums Rügen“ mit einer Ansprache des Herrn Oberpräsidenten v. Münchhausen — bei dem die Landtagsmitglieder auch zu einem Diner versammelt waren — eröffnet. Diese Ansprache wurde von dem Landtags-Marschall, Herrn Grafen v. Bismarck-Böhlen erwidert. In der heutigen 2. Plenarsitzung fand die Vertheilung der vorliegenden Propositionen an die Ausschüsse statt. Unter den Vorlagen erwähnen wir vorzugsweise: diejenige wegen künftiger Vertretung der mit städtischer Verfassung belebten Ortschaft Grabow im Stände der Städte, und Abänderung einzelner Bestimmungen der für Neu-Pommern gültigen Fiskal-Ordnung.

Der voranähnliche Sturm, welcher gestern Abend und während der vergangenen Nacht wüthete, hat nicht nur in der Stadt selbst an Gebäuden, sondern auch, so weit bis jetzt Nachrichten vorliegen, in der näheren Umgebung arge Verwüstungen angerichtet. In den städtischen Anlagen, auf den Vorhöfen und nach Gräben führenden Wegen, der Falkenwälder Landstraße, in Fortpreußen u. s. w. ist eine bedeutende Menge selbst größerer und starker Bäume total umgeworfen, mehrere Zäune in den Vorstädten sind vollständig niedergelegt u. s. w. Jedenfalls ist anzunehmen, daß auch auf dem Wasser an Schiffen vielfacher Schaden entstanden ist.

In der vorgestrigen General-Versammlung der Mitglieder „der Magistratsbeamten-Witwenkasse“ ist die seitens des Magistrats vorgeschlagene Auflösung der Kasse unter den proponirten Bedingungen abgelehnt worden.

Der Staatsanwalts-Behälte Fischer in Magdeburg ist zum Staatsanwalt in Colberg, der Kreisrichter Franz in Nau-gard zum Rechtsanwalt und Notar bei dem Kreisgericht in Soldin, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Berlin, ernannt, und der Gerichts-Assessor Gräfe aus dem Bezirk des Appellationsgerichts zu Raumburg in das Departement des hiesigen Appellationsgerichts versetzt worden.

Vorgestern Abend betraten 4 Arbeiter in das vor dem Königs-Thor belegene Derrantier'sche Lokal, und ließen sich dort verschiedene Getränke verabreichen. Unter diesen Personen befand sich der Arbeiter Ehr. Treptow aus Grabow, welcher früher schon wegen Polizeivergehens in jenem Lokal bestraft worden war. Aus einem nahe liegenden Nachgefühl suchte er mit dem Wirth nicht nur Handel, sondern erlaubte sich auch Mißhandlungen gegen denselben. Es gelang indessen unter polizeilicher Assistenz, den Attentäter sowie zwei seiner Genossen zu verhaften, der vierte Arbeiter entkam.

In einer hiesigen Branntweinbrennerei wird seit einiger Zeit statt Roggen Mats gebrannt, der, obwohl pro Centner 1 Thaler billiger als Roggen, doch eine verhältnismäßig bessere Ausbeute gewährt.

Der mehrfach bestrafte Tapeziergehilfe Otto Hagen hat sich durch eines Betruges schuldig gemacht, daß er auf den Namen „Köpfel“ und auf Grund eines gefälschten, mit dem Namen

seines früheren Arbeitgebers, des Tapeziers Diefert unterzeichneten Zettels aus einer hiesigen Destillation Getränke auf Kredit entnahm. Die Fälschung ist durch Vergleichung der Handschrift festgestellt worden.

Gestern erfolgte die Verhaftung des Vergolders Julius Scharwih, welcher aus reinem Uebermüde durch das Ziehen der Feuerglode in der Hauptfeuerwache die Gespanne der Feuerwehr alarmirte.

Am Freitag Nachmittag hatte der Sohn des Bauerhofs-besitzer D. in Stolzenhagen den Auftrag, vom Julo Holz abzu-fahren. Dort angekommen, erhielt er beim Absträngen der Pferde von einem derselben einen Hufschlag, der ihm die ganze Kinnlade zerschmetterte. Da die Mutter des Verunglückten schon seit längerer Zeit krank liegt, wurde der Bewußtlose in die Wohnung eines Verwandten in Stolzenhagen geschafft. Die Aerzte sollen erklärt haben, daß der Verstand des Unglücklichen für immer zerrüttet bleiben wird, wenn es auch gelingt, ihn am Leben zu erhalten.

Aus einer Remise des Hofes gr. Laßalle Nr. 38 sind in der Nacht zum 7. d. M. mittelst Einsteigens vom Nachbarhause aus mehrere Stücke Eisen, am 6. Morgens dem Besitzer des Etablisse-ments „Elvill“ von der auf Gräbhof wohnhaften verheiratheten Becker, geb. Haup, aus seinem Lokal verschiedene Gegenstände, an demselben Tage vom Bauhose am Paradeplatz mehrere dort zum Trocknen aufgehängte Wäschestücke, aus der Geschirrbude auf dem bei Remis neu angelegten Kirchhose ein schwarzer Doppel-überzieher, gestern aus dem Beretnospeicher von einem dabei er-griffenen Arbeiter ein Sack Erbsen gestohlen.

Aufklam, 7. März. Bei dem heute stattgehabten Abitu-rienten-Examen erhielten folgende Primaner das Zeugnis der Reife: Edgardt, Magunna, Rade, Ewer und Bäder. Ersterer wurde vom mündlichen Examen dispensirt.

Cammin, 8. März. In dem Staatshaushaltsetat sind zu Seminarzwecken für Cammin 850 Thlr. ausgeworfen. Es soll nämlich zu Michaeli d. J. ein sogenannter Nebencursus eingerichtet werden, d. h. es sollen 25 Zöglinge in einem einjährigen Kursus durch die vorhandenen Lehrkräfte unter Hinzulegung eines Hilfs-lehrers für das Schulamt ausgebildet werden. Im übrigen bleibt das Seminar vorläufig noch in seinem alten Bestande, so daß also zu Michaelis auch gleichzeitig 25 Zöglinge zu zweijährigem Kursus aufgenommen werden; ob aber zu diesem letzteren sich Viele bereit finden werden, wenn sie das Gleiche in einem Jahre er-langen können, muß die Erfahrung lehren. — Der Landrath un-seres Kreises, Herr v. Köller, Vicepräsident des Abgeordnetenhauses, wird, wie glaubwürdig versichert wird, das Landrathsamt in näch-ster Zeit niederlegen und an seines Vaters, des General-Landschafts-direktors v. Köller, Stelle die Bewirthschaftung der großen Kan-tekter Güter übernehmen, während letzterer seinen Wohnsitz in Dobberpöl, wo bisher der Landrath wohnte, nehmen wird.

Vermischtes.

La Rochelle. (Dank wird nicht verlangt.) Auf dem Hafen-quai gerietten vor einigen Tagen zwei Fischer von der Insel Groix in eine wüthende Schlägerei. Während des Kampfes stürzte Einer derselben ins Wasser und versank. Der Andere sprang sofort nach, tauchte, und es gelang ihm, seinen Feind über Wasser zu heben und zu retten. Alle Zuschauer applaudirten dieser groß-müthigen That; aber kaum waren Beide wieder auf dem Trocknen, so begannen sie die Prügelei wüthender wie zuvor, bis die Polizei einschritt.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 7. März, Nachmittags. Angelommene Schiffe: Eypres, Kosoed von Rönne. Caroline, Wiese; Abeline, Böge von Kiel. Enigebden, Boye; Reptunus, Hansen; Union, Dölsen; Gaubet, Boye von Marfall. Ebenezer, Kreuzfeldt von Stevens. Mathilda Calber, Masson von Warrtsland. Fanny, Schauer von Kopenhagen. Wind: N. Reiter 16 1/2 K. Strom ausgehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 9. März. Witterung: bewölkt, Nachts Sturm. Temperatur + 5° R. Wind: SW.

In der Börse.

Weizen etwas höher bezahlt, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 100—106 R. bez., bunter 100—104 R., feiner weißer 106—110 R., ungarischer 92—104 R., 83—85 Pfd. Frühj. 104 1/2, 105 R. bez. u. Br. Roggen schwachend bezahlt, Schluß fester, pr. 2000 Pfd. loco 76 bis 79, geringer feiner 79 1/2—81 R., Frühjahr 79, 78 1/2, 1/2, 79 1/2 R. bez. u. Br., Mai-Juni 79 R. bez., Juni-Juli 76 1/2 R. bez. u. Br., Juli-August 72 R. bez.

Gerste wenig verändert, pr. 1750 Pfd. loco Oberbruch 54 1/2 R., mährische und schlesische 55—57 R., 69—70 Pfd. schles. Frühj. 56 1/2 R. bez. Hafer fest, per 1300 Pfd. loco 38 1/2—40 1/2 R., 47—50 Pfd. Früh-jahr 41 R. bez., 41 1/2 Br. u. Br.

Erbsen befestigt, per 2250 Pfd. loco 74—76 R., Frühjahr Futter-73 R. Br. u. Br.

Rübsen stille, loco 10 1/2 R. Br., März 10 1/2 R. Br., 1/2, Ob., April-Mai 10 1/2 R. Br., September-Oktober 11 R. Br., 10 1/2 Ob.

Spiritus wenig verändert, loco 20 1/2, 1/4 R. bez., Frühjahr 20 1/2 R. bez. u. Br., 1/4 Br., Mai-Juni 20 1/2 R. Br., Juni-Juli 20 1/2 R. bez., 1/4 Br.

Regulirungs-Preise: Weizen —, Roggen —, Rübsen 10 1/2, Spiritus 20 1/2.

Stettin, den 9. März.

Hamburg	6 Tag.	151 1/2 bz	St. Börsenhaus-O.	4	—
...	2 Mt.	151 1/2 B	St. Schaupspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143 3/8 G	Pom. Chaussee-O.	5	—
...	2 Mt.	—	Usod. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 25 1/2 bz	Pr. National-V.-A.	4	120 B
...	3 Mt.	6 24 1/2 B	Pr. Sec.-Assicuranz	4	750 B
Paris	10 Tg.	81 1/2 bz	Pomerania	4	117 B
...	2 Mt.	—	Union	4	107 B
Bremen	3 Mt.	—	St. Speicher-A.	5	—
St. Petersburg	3 Wch.	93 3/8 G	Ver.-Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	87 1/2 G	Pom. Prov.-Zuckers.	5	1050 B
...	2 Mt.	—	N. St. Zuckersied.	4	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4 1/2 %	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Sts.-Anl. 54 57	4 1/2	—	Bredower	4	—
...	5	—	Walmühle	5	—
St.-Schldsch.	3 1/2	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
P. Präm.-Anl.	3 1/2	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
Pomm. Pfdbr.	3 1/2	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
...	4	—	Neue Dampfer-C.	4	96 B
Rentomb.	4	—	Germania	—	100 B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Vulkan	—	105 B
Berl.-St. E. A.	4	—	St. Dampfmühle	4	114 B
...	4	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
Prior.	4 1/2	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
Starg.-P. E. A.	4 1/2	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
...	4	—	Gemeinn. Bauges.	5	—
St. Stadt-O.	4 1/2	—	—	—	—